

[REDACTED]



Konzepte gegen Altersarmut

Matthias W. Birkwald, MdB, DIE LINKE

Rentenpolitischer Sprecher Bundestagsfraktion DIE LINKE

Seitdem der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer das Ende der Riesterrente verkündet hat, erleben wir einen wilden Vorwahlkampf um die Rente. Im Zentrum steht zu Recht die Höhe des Rentenniveaus, also das Verhältnis einer Rente nach 45 Jahren Arbeit mit einem Durchschnittsgehalt zum mittleren Gehalt aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mit diesem sogenannten „Sicherungslevel vor Steuern“ will man zeigen, wie Rentnerinnen und Rentner am allgemeinen Lebensstandard einer Gesellschaft teilhaben.

Im Jahr 2000 – also vor den Rentenkürzungen durch Union, SPD und Grüne – lag das Sicherungslevel vor Steuern bei 53 Prozent, heute liegt es

bei 47,7 Prozent und bis 2030 darf es auf 43 Prozent fallen. Danach wird sogar ein noch niedrigeres Rentenniveau prognostiziert. Vielen Menschen

sagen die Prozentzahlen, die dann in den Medien diskutiert werden, nicht viel. Was aber alle wissen und was die Zahlen auch bestätigen: Die Rentnerin-

nen und Rentner werden immer mehr von der guten Wohlstands- und Einkommensentwicklung unseres Landes abgekoppelt. Ihr Lebensstandard sinkt im Verhältnis zum Durchschnitt und er sinkt auch im Vergleich zu den vorgegangenen Generationen.

Und da die gesetzliche Rente immer noch die Haupteinkommensquelle von Rentnerinnen und Rentner ist, wirkt sich dieser Verfall direkt auf das Problem der Altersarmut aus. Nehmen wir die offizielle Definition der Europäischen Union. Nach der gelten Menschen als arm, wenn ihr Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent des Durchschnitts beträgt. So galten im Jahr 2014 17,4 Prozent aller Menschen ab 65 Jahren als arm. In absoluten Zahlen sind das 1,2 Millionen Männer und 1,7 Millionen Frauen, die in einem Singlehaushalt weniger als 987 Euro netto im Monat zum Leben zur Verfügung hatten.

Aus den Armutsberichten der EU lassen sich für Deutschland folgende Trends ableiten: Frauen sind und bleiben von Altersarmut deutlich stärker betroffen als Männer; allerdings steigt die Armut unter Männern in den vergangenen Jahren stärker an. Gleichzeitig wird sich die Altersarmut immer mehr auch in Ostdeutschland ausbreiten.

Und wie reagiert die Politik? Die SPD will eine weiteres Absinken des Rentenniveaus verhindern. Sie sagt aber erstens nicht wie und zweitens heißt das nichts anderes, als das Rentenniveau auf dem viel zu niedrigen Stand von heute einzufrieren. Die Grünen wollen den Verfall erst bei 46 Prozent stoppen. Sie setzen auf mehr private Vorsorge („Deutschlandrente“). Aus der Union hört man, dass bei 45 Prozent Schluss sein könnte.

Von CDU und CSU hört man aber keine konkreten Vorschläge, wie der Verfall des gesetzlichen Rentenniveaus aufgehalten werden soll. Auch sonst wird es sehr leise, wenn nach konkreten Maßnahmen gegen Altersarmut gefragt wird.

Man hört aus der Union oder der SPD keine Forderung, zum Beispiel für Hartz IV-Beziehende wieder Beiträge in die Rentenversicherung zu zahlen oder die ungerechten Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten abzuschaffen. Und schon gar nicht sind Forderungen zu hören, endlich die niedrigeren Kinderziehungsleistungen für ostdeutsche Kinder und für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, anzuheben.

Nein, zu all dem schweigen oder blockieren Union, SPD und Grüne und malen stattdessen steigende Ausgaben für die Rente an die Wand, die zukünftige Generationen belasten würden.

Dabei ist der Anteil der Rentenausgaben am Bruttoinlandsprodukt, also der Teil des größer werdenden Kuchens, den wir für Ältere ausgeben, in den vergangenen Jahren zurückgegangen und nicht gestiegen und zwar zwischen 2000 und 2014 von 10,1 Prozent auf 9,1 Prozent. 9,1 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für ein gutes und würdevolles Leben im Alter? Ist das jetzt zu viel oder zu wenig?

Nein, es wird immer deutlicher: Die Große Koalition ist sozialpolitisch handlungsunfähig. Sozialministerin Andrea Nahles setzt auf betriebliche Altersversorgung und private Altersvorsorge und die Union blockiert alles andere. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und trotz voller Rentenkasse will die Große Koalition das jährlich anwachsende Problem der Altersarmut nicht angehen!

Denn wer etwas gegen Altersarmut tun will, muss als erstes den Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit führen. Wer etwas gegen Altersarmut tun

will, muss als nächstes den gesetzlichen Mindestlohn deutlich anheben. Nur mit einem Mindestlohn von 12,00 Euro brutto würde man nach 45 Jahren Arbeit eine Rente erzielen, die über dem Sozialhilfeniveau liegt. Und wer den Kampf gegen Altersarmut gewinnen will, muss eben auch das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen. Daran führt kein Weg vorbei!

Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter brauchen wir außerdem einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Nicht alle schaffen 45 Beitragsjahre, sei es wegen Krankheit, wegen erzwungener Teilzeitarbeit oder wegen Erwerbslosigkeit.

Deshalb will DIE LINKE eine Solidarische Mindestrente einführen, die ihren Namen verdient. Die Lebensleistungsrente von Andrea Nahles, gegen die jetzt die Union Sturm läuft, würde langjährigen Beitragszahlenden gerade einmal netto 766,94 Euro im Osten und 814,88 Euro im Westen als „Schutz“ anbieten. Das ist ein schlechter Witz und liegt im Westen nur 25 und im Osten nur 50 Euro über dem regionalen Grundsicherungsniveau. Überdurchschnittliche Mieten oder Heizkosten, ganz zu schweigen von medizinischen Sonderbedarfen, wären damit bei weitem nicht gedeckt. Deshalb wird die DIE LINKE im Jahr 2017 ihre Forderung nach einer einkommens- und vermögensgeprüften Solidarischen Mindestrente wieder in den Wahlkampf einbringen. Unser Ziel heißt: Niemand soll im Alter von weniger als 1050 Euro leben müssen!

Matthias W. Birkwald, MdB

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

terre des hommes setzt sich für den Schutz von Flüchtlingskindern ein – weltweit.
 Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit – mit Ihrer Spende!
 Telefon 0541/7101-128 · www.tdh.de

Kinder auf der Flucht

© Ralf Greiner mit freundlicher Unterstützung von LOOK